Freitag, den 1. September.

Thorner Zeitung.

Nro. 206. Erscheint täglich Morgens mit Ausnahme des Montags. — Pränumerations-Preis für Einheimische 25 Sgr. — Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. — **Inserate** werden täglich bis 3 Uhr Nachmittags angenommen und kostet die vierspaltige Zeile gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 1 Sgr. 3 Pf. 1871.

Vor einem Jahre.

1. September. Schlacht bei Sedan. Beginn um sechs Uhr früh. Das sächsische (12.) Corps und die Bayern nebst der 8. preußischen Division kommen zuerst in den Kampf. — Bazeilles. — 9 Uhr scharfer beiderseitiger Artillerie-kampf. Zwischen 12 u. 1 Uhr ist der Aufmarsch der übrigen preußischen Armeecorps (Garde- 5. und 11. Armee-Corps) wodurch die französische Armee eingeschlossen wird, erfolgt und der Kampf wird ein allgemeiner, der von allen Seiten die Franzosen mit größerem oder geringerem Erfolge auf Sedan und dessen Festungswerke zurückwirft und dort zusammendrängt. Um 4 Uhr letzter entscheidender Kampf auf den Höhen hinter Bazeilles, in Folge dessen die Bayern bis in die Festungswerke eindringen. Um 5 Uhr verstummen die französischen und darauf auch die deutschen Geschütze und es entsteht ein Augenblick erwartungsvoller Kampfesruhe. Zugleich erblickt man einen den deutschen Linien sich nähernden französ. Parlamentair. Kurz vor 7 Uhr erscheint General Reille mit einem Schreiben seines Kaisers, der seinen Degen dem Könige zu Füßen legen und sich als Gefangener ergeben will. Eigenhändige Antwort des Königs, durch Reille zurücküberbracht. Der König begiebt sich dann um 9 Uhr Abends, während die siegreichen Truppen in ihren, dem Feinde nahen Stellungen bivouakiren, nach Vandresse, von wo aus er Morgens 8 Uhr auf dem Schlachtfelde erschienen war, zurück, nachdem General v. Moltke mit dem Abschlusse der von den Franzosen angetragenen Capitulation beauftragt worden. Der Gefangenen gab es an diesem Tage viel über 25,000 und viele Geschütze.

Telegraphische Depesche der Thorner Zeitung.

Angekommen 11½ Uhr Vormittags.

Versailles, den 30. August. Nationalversammlung. Debatte über die Prorogationsfrage und dazu die Berichterstattung. Vitet erklärt sich für Zustimmung. Hinsichts des Amendements Dufaure, die Verdienste Thiers' anzuerkennen, erklärt der Justizminister, Seitens der Regierung, sie acceptire dasselbe so wie den Commissionsbericht. Die General-Debatte wird darauf geschlossen und ein anderes Amendement, welches der Nationalversammlung die constituirende Gewalt abspricht, wird verworfen. Die Bestimmung des gedachten Berichts, welche der Versammlung die constituirende Gewalt zuspricht, wird von Gambetta lebhaft bekämpft, schließlich aber mit 433 gegen 227 Stimmen auch angenommen.

Tagesbericht vom 31. August

Die jetzt täglich sich mehrenden Eisenbahnunfälle haben zu einer strengen Untersuchung von Seiten des Handelsministers geführt und es mag sein, daß mancher lässige Beamte dadurch aus seiner Sorglosigkeit aufgeschreckt wird; in der Hauptsache aber würde es beim Alten bleiben, wenigstens in Bezug auf die Privatbahnen, da der Minister diesen nicht vorschreiben kann, wie hoch oder wie niedrig die Gehälter der Unterbeamten normirt werden sollen. Der Hauptübelstand muß in der übermäßigen Ersparungssucht gesucht werden, die an der schlechten Beschaffenheit der Wagen und der Schienen deutlich erkennbar ist. So strenge auch die Untersuchung in Bezug auf diese Dinge von Amtswegen geführt werden mag, so muß doch das Resultat einer solchen immer durch die Directionen der Privatbahnen wesentlich beeinflußt werden. Große Hoffnungen wird man daher auf solche Untersuchung nicht setzen dürfen, doch ist Aussicht vorhanden, daß in anderer Weise Abhilfe geschieht. Wie wir nämlich hören, ist in Regierungskreisen jetzt endlich der Beschluß gefaßt worden eine gemeinsame Verwaltung der Eisenbahnen für das Reich einzurichten. Eine dahin gehende Vorlage soll dem Bundesrathe bei seinem bevorstehenden Zusammentritt gemacht werden und dürfte die ganze Angelegenheit noch in der Herbstsession des Reichstages zur Erledigung gelangen.

— Wie bereits gemeldet wurde, begiebt sich der bisherige Oberpräsident von Hessen-Nassau, v. Möller, nach Elsaß-Lothringen, um die Verwaltung des neuen Reichslandes zu übernehmen. Ob es diesem ebenso freisinnigen als energischen Beamten indeß gelingen wird, in der neuen Provinz andere Zustände zu schaffen, scheint uns sehr zweifelhaft, da die Unzufriedenheit unter der dortigen Bevölkerung nicht die Folge des deutschen Verwaltungssystems, sondern der Anhänglichkeit an Frankreich ist. Letztere kann nur mit der Zeit ermatten, wenn das Bewußtsein ein allgemeines geworden, daß eine Rückerwerbung der neuen Landestheile von Seiten Frankreichs ganz unmöglich ist. Immerhin aber mag es sein, daß ein so umsichtiger und den Verhältnissen Rechnung tragender Verwaltungsbeamter wie Herr v. Möller zur Versöhnung der Gemüther manches beitragen kann, zumal unter der gewerblichen und handeltreibenden Bevölkerung, deren Verhältnisse demselben aufs genaueste bekannt sind. Die Initiative zur Sendung des Herrn v. Möller nach Elsaß soll vom Kaiser selber ausgehen, der bekanntlich zu dem bisherigen Oberpräsidenten außerordentliches Vertrauen hat.

Den Machinationen der Klerikalen gegenüber, dürfte die Erwähnung nicht ohne Interesse sein, daß die Ausstattung der katholischen Kirche und besonders die Gehaltsdotirung des Klerus in Preußen eine so splendide ist, wie in keinem andren evangelischen Staate. Von den acht Kirchenfürsten, welche an der Spitze der in den acht alten Provinzen des Staates bestehenden ebenso vielen Diöcesen stehen, erhalten, und zwar lediglich aus Staatsfonds, die Erzbischöfe von Köln und Posen-Gnesen ein jeder ein Jahrgehalt von 12,000 Thlr., ebensoviel die Bischöfe von Breslau und des Ermelandes. Die drei unter dem Erzbischofe von Köln stehenden Bischöfe von Trier, Paderborn und Münster, desgleichen der dem Erzbischofe von Posen untergeordnete Bischof von Kulm, erhalten Jeder ein staatliches Jahrgehalt von 8000 Thlr. Daneben haben diese 8 Herren auch noch zu ihrer „Residenz" auf Staatskosten erbaute und erhaltene Palais. Zu den Gehalten der „Weihbischöfe, d. h. der Stellvertreter und ersten Gehilfen der Erzbischöfe und Bischöfe trägt der Staat ebenfalls ein Erkleckliches bei, nämlich jährlich 50,621 Thaler. Dazu die Besoldung der acht Kirchenfürsten mit 80,000 Thlr. ergiebt 130,621 Thlr. In Frankreich, dem „treu-katholischen" Lande, wo der Bischof nur 4000 Thaler, der Erzbischof auch nur 5333 Thlr. erhält, würden jene 8 Herren nicht 80,000, sondern nur 34,666 Thlr. dem Staate kosten. Die 18 Prälaten, deren die Capitel zu Köln, Posen, Breslau, Münster, Paderborn, Trier, Frauenburg, und Pelplin jedes einen „Domdechanten" haben, die Domstifte zu Gnesen und Aachen aber nur je einen Domprobst beziehen an Besoldung zusammen 38,680 Thlr., also durchschnittlich jeder 1593 Thlr. neben einer comfortable eingerichteten Amtswohnung In Frankreich haben Geistliche dieses Ranges gerade halb so viel Gehalt. Zur Besoldung der „Domherren und „Domvicare" trägt der Staat das

Ans Werk!

Die unmittelbaren Schäden, welche der Krieg angerichtet hat, sind für Deutschland nun fast überwunden; steht es ebenso mit den weniger sichtbaren, aber weit gefährlicheren, welche mittelbar durch den Krieg erzeugt worden sind? Die deutsche Nation befand sich seit etwa 15 Jahren in einer lebhaften und tiefgehenden Bewegung, deren ehrenhafte Wurzel in dem besten Triebe des Menschen, in dem Streben nach Vervollkommnung, nach Entwickelung aller seiner Kräfte und Gaben liegt. In der Stille des einsamen Zimmers, wie in dem lebhaften Treiben der Vereine war der Fortschritt in der Bildung das Losungswort, und mancher schöne Erfolg ist durch die Handwerkervereine, Gewerbevereine, Fortbildungsschulen u. ähnliche Einrichtungen erzielt worden. Wird diese ganze Bewegung nun mit derselben oder noch vermehrter Stärke in diesem Winter wieder aufgenommen werden, oder hat sich der Gemüther eine Ueberreizung der Phantasie bemächtigt, welche ihnen die Lust an ehrenwerther Arbeit raubt? Wir sind überzeugt, das deutsche Volk hat einen zu festen Kern von Thatkraft, um sich durch einen zwar höchst opfervollen, aber doch siegreichen und in Feindes Lande geführten Krieg aus seiner Bahn reißen zu lassen. Das wäre kein zu großen Dingen berufenes Volk, dessen friedliche Bestrebungen so wenig nachhaltige Kraft besäßen, und dessen kriegerische Thaten den besseren Theil seines Wesens vergifteten. Nicht durch die Verheerung von Feldern und Gebäuden, sondern durch die Verwüstung der Gemüther kann ein Krieg das Menschengeschlecht um Jahrhunderte in seiner fortschreitenden Entwickelung zurückwerfen. —

Diese allgemeinen Betrachtungen fordern auch zur Erwägung unserer iocalen Verhältnisse heraus. Das deutsche Volk wird weiter streben und ringen, vielleicht noch rüstiger als vorher; werden wir an der östlichen Grenzwarte deutschen Lebens und Arbeitens es auch? Das öffentliche Leben schien seit Jahresfrist in jeder Beziehung einem Verfalle entgegenzugehen. Es ist jetzt hohe Zeit die vernachlässigte Thätigkeit wieder mit frischer Lust aufzunehmen.

Zur Kenntniß der Parteien in Oesterreich.

In Oesterreich handelt es sich gegenwärtig nicht blos um einen Kampf zwischen Deutschen und Slaven, sondern gleichzeitig und hauptsächlich um den Kampf zwischen dem Liberalismus und der Reaktion. Ein Blick auf die Führer der Czechen sowie auf die Leiter der auf den vielbesprochenen Ausgleich hinarbeitenden Bewegung zeigt dies schon ganz deutlich; es giebt unter den bezeichneten Männern nicht wenige, die nicht ein Wort Czechisch verstehen oder sonst eine slavische Sprache reden, sondern lediglich in den Slaven bis auf weiteres nützliche Gehilfen bei Verfolgung ihrer aristokratischen und klerikalen Ziele erblicken. Die slavische Nationalität eignet sich eben zur Unterstützung solcher reaktionären Gelüste besser als die deutsche. Die Deutschen sind zunächst überall die Gebildeteren, dann die Wohlhabenderen, sie sind die Bourgeoisie, der Mittelstand, der allenthalben in der Welt liberal ist, wenigstens in politischer Beziehung; die Slaven dagegen sind im Durchschnitt ärmer, viel weniger gebildet und deshalb zu Zwecken staatlicher und kirchlicher Reaktion besser zu verwenden. Daher erhält der Kampf, der sich in der Hauptsache um politische, also nicht allein um nationale Fragen dreht, seine nationale Färbung.

Die föderalistische oder reaktionäre Partei Oesterreichs hat sich aber neben den Slaven noch zwei andere Bundesgenossen zugesellt, die sich allerdings nicht zu so gefügigen Werkzeugen werden gebrauchen lassen wie das Slaventhum, die vielmehr ihrerseits im Stillen die Hoffnung hegen, zuletzt die Früchte des Bündnisses an sich reißen zu können, welches die Reaktionäre mit ihnen eingegangen sind. Diese Bundesgenossen sind einerseits die Sozialisten, andrerseits die Ultramontanen.

Die Sozialisten haben durch den Handelsminister Schäffle Verbindungen bis in das Ministerium Hohenwarth selbst hinein; von dort aus werden notorische Demokraten, wie Freese u. a., benutzt, natürlich nur für die dort sitzenden Häupter der Reaktion, denen auch Schäffle nichts weiter wie ein vorläufiges Werkzeug ist, das man nach errungenem Erfolge beiseite wirft. Ebenso feindlich steht der Ultramontanismus jedem nationalen, insbesondere aber dem deutschen Elemente gegenüber, wie das die Haltung seiner Organe in und außer Deutschland bekundet. Es ist mithin auch hier ein Kampf zwischen einer Koalition von politischen und kirchlichen Reaktionären und Ultraradikalen einerseits und dem Liberalismus anderseits, welch letzterer zu seinen Anhängern und Vertretern den deutschen Mittelstand hat.

Nach welcher Seite in dem bevorstehenden Wahlkampfe der Sieg sich neigen wird, läßt sich zur Zeit noch nicht mit Sicherheit bestimmen. Die Klerikalen und Feudalen gehen ohne Zweifel am energischsten und rücksichtslosesten vor; sie befolgen einmüthig und konsequent das Manöver, die Person des Monarchen in die vorderste Reihe ihrer Angriffslinien zu stellen. Der Kaiser, so heißt es, wolle nur „katholische Männer"; ja so arg werden von den Pfaffen die schlimmsten Leidenschaften zu entfesseln gesucht, daß selbst von der Regierung des Grafen Hohenwarth der Wahlaufruf der Klerikalen in Salzburg konfiszirt werden mußte. Zwar entwickelt auch die deutsche Verfassungspartei eine anerkennenswerthe Rührigkeit, indessen sind ihre Führer zum großen Theile Doktrinäre und unfähig, auf die Gemüther der Massen zu wirken, ihre Leidenschaften zu entflammen. Der Anhang der deutschen Verfassungspartei ist bei weitem nicht so bedeutend, als vielfach angenommen wird, und es ist deshalb nicht unmöglich, daß die Reaktion bei den Wahlen einen vollständigen Sieg davonträgt.

Sümmchen von 92,892 Thlr. bei, auch die Diöcesen-Institute werden zum großen Theile vom Staate unterhalten. Wie bedeutend aber der Staatssäckel für die Bestreitung der Bedürfnisse der bischöflichen Stühle, der Domcapitel und der Diöcesen-Institute herangezogen wird, geht daraus hervor, daß zur Bestreitung dieser Bedürfnisse die enorme Summe von 351,055 Thaler jährlich aus dem Staatssäckel hergegeben werden. Gegenüber dieser überaus splendiden Ausstattung der katholischen Kirche ist es um so betrübender, daß der evangelischen Kirche in Preußen eine so bescheidene Aschenbrödel-Rolle zugewiesen ist. In einer Zeit, wo Herr Majunke und die schwarzen Raben so consequent ihr Gekrächz wegen „Zurücksetzung" ertönen lassen, verdient dieser Umstand hervorgehoben zu werden.

Deutschland.

Berlin den 30. August. Aus dem Elsaß. Die „Straßbg. Ztg." schließt einen Artikel, in welchem sie die an einigen Orten des Elsaß stattgehabten Excesse gegen die deutsche Herrschaft bespricht, mit folgenden Worten: „Die Regierung denkt nicht daran, aus Elsaß-Lothringen ein deutsches Venetien oder Polen zu machen, und ihrerseits besitzen die Elsässer zu viel germanische Nüchternheit und Kaltblütigkeit, um die undankbare Rolle einer unterdrückten Nationalität zu copiren, wozu überdies, da ihre natürliche Nationalität die deutsche ist, die nothwendigste Vorbedingung fehlen würde. Daß sie gegenwärtig ihre Erinnerungen und Sympathien noch dem Lande zuwenden, dessen Geschicke sie fast zwei Jahrhunderte hindurch mit Ehren getheilt haben, ist begreiflich und natürlich, und die Regierung hat in der unzweideutigsten Weise gezeigt, daß sie dieses Gefühl respectirt. Sie weiß auch, daß dasselbe nicht so bald in der gegenwärtigen Generation erlöschen wird, aber sie verlangt, und mit vollem Rechte, daß es in seinen Aeußerungen innerhalb der Grenzen bleibe, welche sie ihrer Pflicht gemäß und im eigenen Interesse des Landes zu ziehen hat. In diesem Sinne wird sie ihren Standpunct zu wahren wissen. Die Elsässer aber mögen sich klar machen, daß sie durch dreifarbige Bänder, Vivats auf Frankreich und dgl. keinen vernünftigen Zweck erreichen, sondern nur hier und da Verwicklungen und Zusammenstöße veranlassen können, deren Folgen nur sie selbst zu fühlen haben werden."

— Unsere offiziöse Presse wendet den parlamentarischen Vorgängen in Frankreich sichtlich eine erhöhte Aufmerksamkeit zu. Insbesondere ist sie auf das Schicksal des Rivetschen Vorschlags sehr gespannt, da von demselben die Frage abhängt, ob sich die Verwaltung des Herrn Thiers, unter dessen Auspizien bekanntlich der frankfurter Frieden abgeschlossen ist, befestigen, oder ob die monarchische Rechte endlich den Muth und die Kraft zum Sturze des greisen Staatsmannes finden wird. Die deutsche Regierung wünscht offenbar die Befestigung der Stellung des Herrn Thiers, da sein Rücktritt die Verhältnisse in Frankreich fast sicher unentwirrbaren Konflicten zutreiben und die Ausführung des frankfurter Friedensvertrages weit hinausschieben wird. Aus diesen Gründen ist man auch für die Erhaltung der Republik, da die Errichtung der Monarchie den Bürgerkrieg in Frankreich unzweifelhaft entfesseln würde. So viel scheint fest zu stehen, daß man diesseits nicht geneigt ist, der französischen Republik in Bezug auf die Ausführung des Friedensvertrages, namentwas die Räumungsfrage anbelangt, irgend welche Konzessionen zu machen, so lange nicht dem Parteitreiben in Versailles ein Ende gemacht ist, jedenfalls nicht eher, als bis die Frage wegen Verlängerung der Thiers'schen Vollmachten entschieden ist. Daß dies zu Gunsten des Herrn Thiers der Fall sein wird, darüber giebt man sich seit der kleine aber hochbegabte Träger der französischen Regierung in der stürmischen Sitzung vom 24. August die empörte Rechte in so energischer Weise verarbeitet und über dieselbe einen eklatanten Sieg davongetragen hat, den beruhigendsten Erwartungen hin.

— Die Beschickung süddeutscher Höfe mit französischen Gesandtschaften, welche voraussichtlich dort ganz in derselben Weise fortwirthschaften sollen, wie vor dem großen Umschwung der politischen Dinge, wird in Berlin sehr übel vermerkt. Jedenfalls erscheint diese diplomatische Zudringlichkeit von Seiten des versailler Cabinets als höchst überflüssig, da nach Aufrichtung und Einheitserklärung des Reiches fortan die Gesammtvertretung nach Außen vollständig und ausschließend in der deutschen Centralgewalt ruhen muß, will man anders jenes verderbliche Intriguenspiel in Zukunft vermeiden, welches seit Jahrhunderten von fremden Agenten in unseren kleinen Residenzstädten zum Schaden und Spott der Nation angezettelt wurde. Nur hat man hier Unrecht, sich gegen die Franzosen allein zu ereifern, als ob die anderen Mächte gegenwärtig nicht ganz das Nämliche thäten. Schon vor einem Monat veröffentlichte die amtliche londoner „Gazette" die durch die Königin vollzogene Ernennung Morier's zum Geschäftsträger in Stuttgart und Baillie's zum Geschäftsträger bei den Großherzogen von Baden und Hessen-Darmstadt. Nun meldet man neuerdings, daß in Karlsruhe, wo ohnedies aus antediluvianischer Zeit noch ein italienischer Chargé d'affaires als verlorener Posten existirt, soeben auch ein spanischer Geschäftsträger accredirt worden ist, und daß nächstens dort ähnliche Functionäre aus England, Rußland und Frankreich eintreffen werden. Unter solchen Umständen wird es offenbar schwer halten, die auswärtigen Cabinete von dem alten Schlendrian zu entwöhnen, unsere Duodezhöfe mit Winkel-Ambassaden zu bevölkern, deren geschäftliche Action von jeher kaum nennenswerth war, die aber jetzt, seitdem die einheitliche Staatsleitung Deutschlands Gott Lob in fester Hand liegt, vollends als reine Nullen erscheinen. Uebrigens werden England und Rußland es sobald nicht über sich gewinnen können, ihre nach Hessen und Schwaben verheiratheten Prinzessinnen ohne Familienbotschafter zu belassen.

— In Wien findet am 29 d. eine Versammlung rumänischer Eisenbahn-Obligationsbesitzer zum Zweck der Bildung eines Comités statt. Die Aufgabe desselben soll sein, die Interessen der Besitzer rumänischer Obligationen zu wahren. Es wird beabsichtigt, mit den in Pest, Berlin, Breslau und London bestehenden Comités sich ins Einvernehmen zu setzen, eventuell gemeinschaftlich gerichtliche Schritte gegen Dr. Strousberg u. Genossen zu unternehmen. Die edlen Bojaren, welche sich in einer so einträglichen Raubpolitik gefallen, leben, nebenbei bemerkt in dem Wahn, daß sie nur durch deutsche Kabalen und Intriguen „incommodirt" werden. Leider giebt die Langsamkeit der preußischen Politik den walachischen Finanzpiraten gewissermaßen Anlaß zu solchen Hirngespinnsten. Der hier anwesende rumänische Staatscommissarius Rosetti hat nämlich in Berlin Prozesse eingeleitet und zwar zwei Civilprozesse gegen Dr. Strousberg u. einen Berliner Bankier wegen Rückerstattung und Hinterlegung ins Depot bei der preußischen Bank von 8,710,154 Thlr. (32²/₈ Mill. Francs) mit 6 Prozent Zinsen. Er hat ferner schon im April einen Criminalprozeß gegen die beiden Genannten und Herrn Ambronn bei der Staatsanwaltschaft „wegen Unterschlagung" beantragt. In den beiden letzten Prozessen hat der Klagebeantwortungstermin zum 1. Juli angestanden, ist aber auf Antrag der Verklagten zum 19. Sep. vertagt worden.

— Ein hiesiges Börsenblatt will in Bezug auf die von der Regierung angeordnete Revision der Berlin-Görlitzer Eisenbahn die positive Mittheilung machen können, daß der betreffende Regierungscomissarius durch genaueste Untersuchung festgestellt hat, daß eine schadhafte Beschaffenheit der Schienen oder der Schwellen, sowie des Bahnkörpers überhaupt die Schuld an dem jüngst auf der Bahn vorgekommenen Unglück nicht trägt. Bei der notorischen Befangenheit der Börsenblätter wird man indeß die Veröffentlichung des betreffenden Berichts abzuwarten haben.

— Die Rekruteneinstellungen, die in den letzen Jahren regelmäßig erst den 2. Januar begonnen, finden diesmal schon theils am 11. September, theils am 15. November statt. Am erstgenannten Termine werden die in Frankreich stehenden Okkupationstruppen, sowie die im Elsaß garnisonirenden Regimenter ihre Rekruten erhalten, am 15. November d. J. finden die Einstellungen bei den heimathlichen Garde- und Linieninfanterie-Regimentern statt. Während bei den älteren Garderegimentern 230 per Bataillon eingestellt werden, erhalten die übrigen Regimenter 200 per Bataillon; den Jägerbataillonen werden je 160 Rekruten zugewiesen. Im Ganzen werden bei den Infanterien des deutschen Reiches, die beiden süddeutschen Königreiche ausgenommen, nahezu 80,000 Mann eingestellt, mit der Reiterei, Artillerie Train u. s. w. über 100,000 Mann. — In Bezug auf die Rekruteneinstellung in Bayern und Württemberg werden die desfallsigen Verordnungen und Bekanntmachungen in den nächsten Wochen erfolgen. In Bayern ist die Stärke der einzustellenden Mannschaften auf 14,000 Mann festgesetzt, in Württemberg, wo die Neuformationen bereits begonnen (anstatt 19 Infanterie-Bataillone sind gegenwärtig 24 Bataillone Infanterie formirt) werden über 6,000 Rekruten eingestellt, so daß also im Gebiete des deutschen Reiches pro 1871/72 über 120,000 Mann unter die Fahne gestellt werden.

— Die Zentralstelle der freiwilligen Krankenpflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger hat einen ausführlichen Bericht über die Thätigkeit dieses Vereins während des letzten Krieges erstattet und bereits dem Druck übergeben.

— In Bezug auf die Zusammenkünfte in Wels, Ischl und Gastein spricht die „Provinzial-Korrespondenz" die Hoffnung aus, daß die Begegnungen der Herrscher und der leitenden Staatsmänner dazu dienen werden, den Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich den Charakter aufrichtigen und festen Einvernehmens zu verleihen. Alle Anzeichen — so heißt es — deuten darauf hin, daß diese Hoffnung in den Thatsachen ihre Bestätigung gefunden hat, obwohl offenbar zum Abschluß förmlicher Verträge keine Veranlassung vorlag. Das freundschaftliche Verhältniß zwischen den Regierungen Deutschlands und Oesterreichs ist durch die von beiden Seiten offen bekannte Ueberzeugung gesichert, daß ihr Einverständniß gleichzeitig dem Wohl beider Reiche, wie der Erhaltung des allgemeinen Friedens in Europa zu Gute kommt.

— Der Bundesrath des deutschen Reiches, welcher seine Sitzungen für einige Zeit unterbrochen hatte, wird der „Prov.-Korr." nach, voraussichtlich in der Mitte des Monats September wieder zusammentreten, um seine regelmäßige Thätigkeit aufzunehmen.

— Die „Prov.-Korr." enthält einen längeren Artikel über die Arbeitseinstellung, welcher mit folgenden Sätzen schließt: Man braucht nur allen Umständen die richtige Schätzung zu Theil werden zu lassen, um zu der Nutzanwendung zu gelangen, daß die Arbeitseinstellung nur als äußerstes Mittel der Nothwehr zur Abwendung unerträglicher Zustände in Frage kommen darf, daß aber auf die Anwendung der zweischneidigen Waffe unbedingt zu verzichten ist, wenn eine den Zeitbedürfnißen entsprechende Verbesserung der Lohnverhältnisse auf dem Wege der Verständigung, durch das Entgegenkommen der Arbeitgeber und unter etwaiger Vermittelung von Schiedsgerichten in Aussicht bleibt. — Das Gesetz räumt den Arbeitern das Recht ein, über ihre Arbeitskraft, wie über jeden anderen Besitz, in Freiheit zu verfügen; kein Koalitionsverbot beschränkt sie in der Befugniß, über die Verwerthung ihrer Arbeit gemeinsame Verabredungen zu treffen. Mit dieser Freiheit fällt aber auch den Arbeitern die volle Verantwortlichkeit für die Folgen ihrer Handlungen zu. Wenn sie mit dem Nachdruck, der in jeden gemeinsamen Auftreten einer zahlreichen Volksmasse liegt, billige Forderungen stellen, so wird ihnen von Seiten der Arbeitgeber die gebührende Rücksichtnahme nicht versagt werden können; aber sie werden die öffentliche Meinung und das öffentliche Interse gegen sich haben, wenn sie, unter dem Einfluß unverständiger und selbstsüchtiger Führer, den Weg friedlicher Verständigung willkürlich abschneiden oder gar die ihnen gewährte Freiheit als Waffe gegen die Freiheit Anderswollender mißbrauchen.

— Daß die deutsche Feldpost im letzten Kriege ganz Außerodentliches geleistet ist von allen Seiten unumschränkt anerkannt worden, doch werden einige statistische Notizen dies Factum zur Evidenz beweisen. Die Postverwaltung stellte, unter Hinzufügung der Zahl der bei den Postanstalten in Elsaß-Lothringen und der bei den Postsammelstellen beschäftigten Beamten ein Personal von über 5000 Köpfen für die Zwecke des Krieges, dann 1933 Pferde und 465 Fahrzeuge. Es wurden auf dem Kriegstheater 411 deutsche Postanstalten errichtet. Aus den amtlichen Ermittelungen über den Feldpostverkehr für den Zeitraum vom 16. Juli 1870 bis 31. März 1871 ergaben sich folgende enorme Resultate: Es wurden befördert: 89,659,000 gewöhnliche Briefe und Correspondenzkarten, 2,354,310 Zeitungen, in Militär-Dienst-Angelegenheiten 43,023,460 Pfd. in 36,704 Briefen und Packeten, in Privatangelegenheiten der Militärs 16,842,460 Pfd. in 2,379,020 Briefen, 125,916 Packete in Militär-Dienstangelegenheiten und 1,853,686 Packete in Privatangelegenheiten. —

— Es wird jetzt in maßgebenden Kreisen ernstlich die Frage wegen Aufbesserung der Lage der Unteroffiziere erwogen. Die „Mil. Bl." brachten darauf bezügliche Vorschläge, welche dahin gingen, die großen Schwierigkeiten der Erhaltung eines guten Unteroffizier-Corps durch eine Verbesserung der Stellung zu modifiziren. Darnach wird die Hauptursache, warum so wenig ausgediente Leute bei den Truppentheilen der Infanterie capituliren, durchaus nicht in mangelnder Lust zum Soldatenstande, da beim preußischen Volke vielmehr Achtung und Liebe für diesen Stand im stetem Zunehmen begriffen ist, sondern in materiellen Gründen gefunden.

— Zum Militär-Etat. Für den mit dem Reichstage von 1872 ab neu zu vereinbarenden Militäretat scheinen sich die Dinge und Verhältnisse doch keineswegs so einfach zu stellen, als dies neuerdings von verschiedenen Seiten ausgeführt worden ist. Es sind vielmehr Schwierigkeiten ganz verschiedener Art, welche sich bei der Neuordnung dieser Angelegenheit geltend machen. Es handelt sich einmal darum, daß das eiserne Militärbudget von 225 Thlr. pr. Kopf und Jahr zur Befriedigung der Militärbedürfnisse seit lange nicht mehr ausgereicht hat, zugleich aber noch darum, daß soweit erkennbar, daneben noch vielseitig der Wunsch obwaltet, den Ausgang hiefür nicht wieder in einem abermaligen Provisorium zu finden, sondern für diese financielle Grundlage des gesammten deutschen Heerwesens endlich ein nach allen Beziehungen ausreichendes und zuträgliches Definitivum zu begründen. Es zielt dies Definitivum jedoch wohl noch weiter als allein auf eine neue und günstiger gefaßte Normirung der Militärbeiträge, wie ja denn auch in Satz 3, 4 und 5 des § 62 der Bundesverfassnng und im § 60 die Stärke, der Procentsatz und damit die Organisation des Bundesheeres mit dieser Finanzfrage in ein thatsächlich sich bedingendes Verhältniß gestellt worden sind. Es kommt dabei zugleich der Umstand in Betracht, daß schwerlich ein künftiger Reichstag für die Gesammtordnung unserer Heereszustände ein bereitwilligeres Entgegenkommen, als der gegenwärtige erweisen möchte. So günstig sich nach dieser Beziehung aber auch die Aussicht auf den Abschluß eines Gesammtdefinitivums stellen würde, so wenig ist dies doch nach allen anderen Richtungen der Fall. Es gilt dies selbst für die einfache, von allen anderen Rücksichten losgetrennte Finanzfrage. Es dürfte sich zunächst noch kaum möglich erweisen, welche eine Höhe des eisernen Militärbudgets zu bestimmen, welche für eine längere Reihe von Jahren als unerläßlich feststehend und die einerseits als den Militäransprüchen genügend, andererseits aber auch noch in den Grenzen gehalten erscheinen möchte, um dazu der Zustimmung des Reichstages vergewissert sein zu können. Es bedingt sich diese Unsicherheit einmal aus der fortgesetzten raschen Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse, dann aber vor Allem noch aus dem Zutritt der süddeutschen Staaten, indem in diesen sich die Lebensbedingungen wesentlich anders als in Norddeutschland ausweisen.

So wird, um nur eins anzuführen, aus Württemberg neuerdings eine beträchtliche Steigerung des Soldes mindestens für die Unterofficiere und Capitulanten als nahezu unerläßlich beansprucht, indem das Mißverhältniß zwischen dem Tagelohn eines Handwerkers und Arbeiters und dem Soldbetrag dieser Militärclassen sich derart gestellt hat, um demnächst bald gar keine Unterofficiere mehr gewinnen zu können. Auch in vielen Städten und Provinzen Norddeutschlands hat indeß der täglich den

Leuten gewährte Verpflegungszuschuß bereits eine Höhe erreicht, daß er dem eigentlichen Soldbetrag nahezu gleichkömmt. Mit einer Steigerung des Soldes würden sich aber selbstverständlich alle neuen Bestimmungen über das eiserne Militärbudget sofort wieder umgestoßen finden. Nach allen anderen Beziehungen stellt sich hingegen einer schon für den gegenwärtigen Moment in's Auge gefaßten Begründung eines Definitivums der Umstand entgegen, daß der Abschluß der neuen deutschen Militärorganisation noch gar nicht abgesehen zu werden vermag. Es wird demnach auch wohl kaum ein anderer Ausweg bleiben, als zunächst doch wieder auf einer neuen provisorischen Annahme des eisernen Militärbudgets einen Abschluß für ein oder zwei Jahre herbeizuführen, womit dann freilich die Ausnützung des Vortheils der augenblicklichen Lage, welche man so gern erwirken möchte, vollständig in Frage gestellt erscheinen würde.

Ausland.

Frankreich. Die Vorgänge in Algerien geben der französischen Regierung Anlaß, in der Veröffentlichung der aus dem letzten Kriege bekannten Sieges-Bulletins fortzufahren. Während die Zustände in der Colonie von Tag zu Tag unleidlicher werden, während ein Stamm nach dem anderen sich der Insurrektion anschließt, die Pachthöfe zerstört und geplündert und die Waldungen niedergebrannt werden, versichert der „Moniteur de l'Algérie", und die französischen Blätter drucken es ihm gläubig nach, daß der Feind geschlagen sei und ihm enorme Verluste beigebracht wurden. Eine letzte offizielle Depesche versichert der Welt, der Aufstand sei bereits in das abnehmende Stadium (periode decroissante) getreten, und die Truppen werden bald nichts mehr zu thun haben. Die Insurrection in Algerien ist aber im Zunehmen, und haben sich erst kürzlich die Righas, ein mächtiger Stamm im Osten, den Aufständischen angeschlossen. Hiezu kommt noch, daß zwischen Admiral Gneydon, dem Civil-Gouverneur und den Militär-Autoritäten ein Conflict ausgebrochen ist, der auf die Action der Regierung natürlicherweise höchst lähmend wirkt. Es gäbe wohl ein Mittel, um den Aufstand bald beizulegen, und das wäre die Beseitigung der Militär-Verwaltung der Provinz, die sich noch immer die sträflichsten Uebergriffe zu Schulden kommen läßt. Hiezu kann sich jedoch die Regierung in Versailles nicht entschließen, sie läßt im Gegentheile vom Kriegsminister General Cissey einen „Plan" zur Niederwerfung Algeriens, von dem die französischen offiziösen Blätter versichern, daß er „unfehlbar" sei, ausarbeiten.

— Es liegen keine neue Nachrichten von Bedeutung über das zu erwartende Schicksal des Antrages zur Verlängerung der Vollmachten des Herrn Thiers vor. Das Wahrscheinliche bleibt immer noch, daß der Antrag der Commission mit Amendements, die für die Angelegenheit selbst unwesentlich sind, schließlich angenommen werden wird; aber damit wird an der Hauptsache nichts verändert, daß die erneuerte und verstärkte Bestätigung des Bandes, welches Thiers mit der Nationalversammlung verknüpft, keine höhere Bedeutung hat als etwa die Vermählung zweier Personen die dem Tode nahe sind.

Thiers selbst ist so heftig gegen die Rechte (d. h. gegen die Majorität) aufgefahren, daß er schwerlich noch an ein Zusammenarbeiten mit ihr denken kann. Diese selbst ist in der Sitzung, in welcher das Gesetz über die Nationalgarde auf der Tagesordnung stand, gegen Thiers in einer Weise aufgetreten, die jede Rücksicht, auch die auf den Anstand außer Augen setzte und die Absicht, um jeden Preis mit ihm zu brechen, erkennen ließ. Ein legitimistischer Marquis rief Herrn Thiers zu: „Alte Kniffe!" (Vieille ficelle!). Ein bretonischer General drohte ihm mit geballter Faust. Darüber gerieht denn auch der alte Parlamentsredner in Zorn und rief dem Herrn de Meaux, der ihn unterbrach, zu: „Klagen Sie mich an, das wäre gerader!" Es ist das erste Mal, daß Herr Thiers die Rechte als feindlich behandelt und nicht versucht hat, sie zu überzeugen, noch weniger sie zu überreden und ihr zu schmeicheln. Die Sprache der legitimistischen Presse übertrifft an Heftigkeit alle anderen Parteiorgane und erreicht die Höhe des „Cri du Peuple", des „Mot d'Ordre" und „Père Duchesne" in ihrer schönsten Blüthe unter der Commune.

Provinzielles.

— Elbing, 30. August. Am vergangenen Sonnabend wurden die Rentier Bollow'schen Eheleute, die ganz allein wohnten, von Nachbarsleuten in ihrer Wohnung todt gefunden und zwar waren sie an der Cholera verstorben. Die Leiche der Frau lag im Bette, während der Mann über dem Bette, mit den Füßen auf der Erde lag. Dieser Todesfall dürfte noch einen interessanten Rechtsstreit im Gefolge haben. Die Leute waren kinderlos und verhältnißmäßig recht wohlhabend. Sie hatten ihr Testament zu Gunsten des Ueberlebenden gemacht, so daß dieser den vollen Besitz des gemeinschaftlichen Vermögens und die freie Verfügung darüber haben sollte. Nun beginnt der Streit zwischen den beiderseitigen Verwandten, wer von den beiden Eheleuten länger gelebt habe, welchem Theile also die Erbschaft zufalle. Der Mittheilung, daß der Körper des Mannes bei dem Auffinden noch Lebenswärme gezeigt habe, wird von ärztlicher Seite schon darum widersprochen, weil die Lebenswärme bei Cholerakranken schon vor dem Tode verschwindet. Daß die Frau im Bette, der Mann aber darüber lag, macht es wahrscheinlich, daß die Frau eher erkrankt ist, daraus folgt aber noch nicht, daß bei ihr auch eher der Tod eingetreten ist. Ein Nachbar will bei'm Oeffnen der Thüre gesehen haben, daß der Mann noch eine Bewegung mit dem Kopfe gemacht habe, dies kann aber auch auf Täuschung beruhen. (E. A.)

— Königsberg. Auf dem Lande in der Umgegend der Stadt tritt die Cholera bis jetzt durchaus nur sporadisch auf. Die Dominien sind durchgängig mit Hausapotheken versehen und haben die Inspectoren und Administratoren die stricte Ordre zu jeder Stunde, auch zur Nachtzeit, den etwa erkrankten Instleuten und Arbeitern sofort beizuspringen. — In Tilsit herrscht die Cholera so heftig, daß Familien von dort flüchten. — Auch in Pillau herrscht bereits die Cholera ziemlich stark, denn es sollen z. B. am Sonntag 30 Erkrankungen gemeldet sein.

Posen. (D. Z.) Die polnische Presse über die Zustände in Westpreußen. Aus den Mittheilungen und Correspondenzen, welche in der polnischen Presse unserer Provinz und Westpreußens enthalten sind, geht hervor, daß man von dieser Seite die Zustände in Westpreußen durchaus nicht in einem für die polnische Sache günstigen Lichte betrachtet. Mochte auch immerhin auf dem Lemberger Polentage in einem Liede, welches großen Enthusiasmus erregte, die Ausdehnung des ehemaligen Polenreiches, welches man wieder herzustellen strebt, durch den Refrain angedeutet werden: von Krakau bis Warschau, von Posen bis Lemberg, von Teschen bis Wilna, von Danzig bis Kiew, — aus Westpreußen war doch kein einziger Vertreter dort erschienen und offen gesteht es die „Gazetta Torunska": „vor einigen Jahren hätte sich gewiß Jemand gefunden, der zu dem Polentage gereist sein würde; aber es sei in der Provinz Westpreußen unter der polnischen Bevölkerung in der Auffassung oder Behandlung nationaler Angelegenheiten eine Krisis eingetreten." Ebenso bemerkt der in Culm erscheinende „Przyjaciel ludu", es macht sich unter den Polen Westpreußens nach der früheren Regsamkeit eine gewisse Schlaffheit bemerkbar, und als Beweise für diese Behauptung werden folgende Thatsachen angeführt: „Die polnische allgemeine landwirthschaftliche Versammlung sei in diesem Jahre, wohl aus Mangel an Interesse, nicht zu Stande gekommen; dem Verein für moralische Interessen fließen nur noch spärliche Beiträge zu; die Schulangelegenheit (betr. die polnische Unterrichtssprache) ruhe, und die Worte, welche die polnischen Abgeordneten in dieser Angelegenheit im Landtage gesprochen, hätten unter der Bevölkerung keinen Nachhall gefunden; die polnischen Abgeordneten zum Reichstage hätten nicht, wie dies im Großherzogthum Posen geschehen, Bericht über ihre Thätigkeit erstattet; die landwirthschaftlichen Vereine würden selten besucht; von Errichtung neuer polnischer Lesezirkel, sowie von Benutzung und Vergrößerung schon bestehender höre man wenig oder gar nichts; in den höheren Kreisen habe sich die Lust zum Kaufen oder Lesen polnischer Bücher nicht im Geringsten gehoben; viele Güter seien wieder aus polnischen in deutsche Hände übergegangen, und an die Stelle bisheriger Vorkämpfer der nationalen Idee, welche starben oder verzogen, sei kein Ersatz getreten." Und wiederum in der „Gazeta Torunska" und in dem „Dziennik Poznanski" werden bei Besprechung der von deutscher Seite angeregten Feier des 100jährigen Jahrestages der Wiedervereinigung Westpreußens mit Preußen, die selbstverständlich den Polen ein Dorn im Auge ist, die polnischen Vertreter des Löbauer Kreistages scharf getadelt, weil zu der Versammlung, auf deren Tagesordnung die Betheiligung an jener Feier stand, kein einziger der acht polnischen Vertreter erschienen sei, während auf dem Stargarder Kreistage der Hr. v Kalkstein seine Schuldigkeit gethan habe. „Wie der Geist Bankos hätten die polnischen Vertreter unter die auf dem Grabhügel der Unabhängigkeit Polens schmausenden Deutschen treten müssen!" Ebenso wird es scharf gerügt, daß vor einigen Jahren viele polnische Wähler des Kreises Löbau dem Landrath ihre Stimme gegeben hätten, so daß ein Deutscher denjenigen Kreis Westpreußens, welcher die meisten polnischen Elemente enthalte, vertreten habe.

Verschiedenes.

— Zur Charakteristik französischer Geschichtsschreibung. Der „Berl. Börs.-Cour." schreibt: Ueber die französische Historiographie, die der letzte Krieg hervorgerufen hat, werden wir schon dann und wann ein Wort zu sagen haben. Wenn irgend etwas, so ist ihre Kriegsliteratur der beste Beweis, daß sie auch jetzt noch unverbesserlich sind. Bodenloser Leichtsinn, Lüge, Aufschneiderei, eine wahre Scheu vor Zugeständnissen der deutschen Ueberlegenheit zeichnen diese Literatur aus. Oft mischt sich auch noch die Bosheit hinein. So zeigt sich auch systematisch das Bestreben, die Alliirten Preußens, zumal die Bayern, gegen ihre nordischen Landsleute aufzuhetzen. Dieser und jener Autor weiß aus eigenen Unterhaltungen mit preußischen Officieren, wie geringschätzig sich diese über die Bayern und andere ausgesprochen. Wir könnten Wunderdinge hier aufführen, wenn wir aus der stattlichen Reihe von französischen Geschichtsbüchern, die unsern Büchertisch decken, unsern Lesern Excerpte zum Besten gäben. Möge man nicht glauben, daß das, was jetzt General v. Göben in dem „Militärischen Wochenblatt" aus Faidherbe's Campagne de l'armèe du Nord en 1870—1871 hervorhebt, vereinzelt dasteht. Kann es wohl etwas Bodenloseres geben, als was der französische General und Autor uns darin auftischt? Er spricht von der siegreichen Schlacht bei Bapaume. Gut, das müssen wir ihm zugeben, denn die Franzosen sind ja überhaupt in dem Kriege niemals wirklich, oder nicht eigentlich, oder nicht entschieden, oder nicht ehrlich geschlagen worden. Nun erzählt Herr Faidherbe aber auch noch, daß „ein Theil der (deutschen) Truppen, welche an der Schlacht Theil genommen, sich aufgelöst und in Unordnung nach Amiens gewandt habe." Er führt als Beweis für die Berechtigung seiner Siegesansprüche einen Tagesbefehl an, in welchem General v. Göben den Truppencommandanten aufgiebt, ihm die Officiere zu bezeichnen, welche in der Schlacht bei Baupaume geflohen sind, damit sie sofort cassirt werden. Herr v. Goeben weiß von einem solchen Tagesbefehl nichts, denn es ist keiner seiner Officiere geflohen. Dagegen hat ein Unterbefehlshaber Faidherbe's einen solchen Tagesbefehl erlassen, und es sind französische Officiere, denen darin die Cassation angedroht ist. Ehren-Faidherbe verwechselt das. Wir wiederholen: Giebt es etwas Bodenloseres in Geschichtsschreibung?

Locales.

— **Handwerker-Lehrlingsschule.** Nächstens beginnt die Lehrlingsschule des Handwerkervereins ihren Cursus von Neuem. Dieselbe wurde im vorigen Jahre schwächer benutzt als früher. Haben die Lehrer auch manche Freude an der Dankbarkeit einzelner Schüler, so wäre doch zu wünschen, daß ihre segensreiche Wirksamkeit einer größeren Zahl von Zöglingen zu Gute käme. Es kommt freilich nicht allein darauf an, daß recht viele Lehrlinge, womöglich alle, die es brauchen können, zum Unterrichte angemeldet werden, sondern insbesondere darauf, daß sie auch den ganzen Unterricht genießen, und durch regelmäßiges und pünktliches Erscheinen einen geordneten Lehrgang ermöglichen. Die Herren Meister können vorzugsweise viel dafür thun, indem sie einestheils, so weit es ihr Geschäft irgend erlaubt, den Lehrlingen die nöthige Zeit frei lassen, anderntheils dieselben auch anhalten, daß sie die Zeit auch gehörig wahrnehmen. Zur Controlle des Schulbesuchs bieten ihnen die Controllbücher ein Mittel dar, und die Lehrlinge werden ihnen später für die Strenge dankbar sein.

— **Die ordentliche Stadtverordneten-Sitzung am 30. d. M.**, welche zur Feststellung des Etats wieder anberaumt war, mußte wegen Unbeschlußfähigkeit — es waren nur 12 Mitglieder zur Sitzung erschienen — vertagt werden und findet die nächste Sitzung zur Erledigung der Tagesordnung vom 30. d. Mts. nach § 42 der Städte-Ordnung am Mittwoch den 6. Septbr. cr. statt. Es ist das anscheinend eine auffällige Erscheinung, daß die Stadtverordneten-Versammlung, deren Sitzungen sonst sehr zahlreich besucht werden, im Monat August wegen Unbeschlußfähigkeit ein Paar Sitzungen hat vertagen müssen, und zwar bei einer so wichtigen Angelegenheit, wie es die Feststellung des Stadthaushalt-Etats ist. Allein das Auffällige verliert sich, wenn man nicht außer Acht läßt, daß die Mehrzahl der Stadtverordneten Geschäftsleute sind und der zeitige Moment ein für die Geschäftigkeit günstiger ist, sowie daß im Laufe dieses Sommers mehr Geschäftsleute als sonst aus Gesundheitsrücksichten Badeorte aufsuchen mußten.

— **Die Pocken-Epidemie** scheint hierorts ihr Ende erreicht zu haben. Im städtischen Pocken-Lazareth starb gestern, am 30. d. Mts., der letzte Pockenkranke und soll das besagte Gebäude durch Desinfection und Restaurirung zu einem Cholera-Lazareth eingerichtet werden.

— **Aus Belfort**, dem zeitigen Garnisonorte der Einundsechziger, traf hier die Mittheilung ein, daß gerade in dem Momente, als mehrere Officiere desselben Regiments sich allein in der Bahnhofs-Restaurations-Halle befanden, in dieselbe von Außen ein Schuß gefeuert wurde, welcher indeß gottlob keinen der Anwesenden verletzte. Sofort wurde der Verbrecher aufgesucht, um seiner habhaft zu werden, allein derselbe war nicht aufzufinden, er war wie in die Erde versunken.

— **Ein Frauenzimmer** aus Wloclawek, wie uns ein zuverlässiger Gewährsmann mittheilt, die aber ihrer äußeren Erscheinung nach für eine respektable Dame gelten kann, besuchte bereits mehrmals unsere Stadt in der menschenfreundlichen Absicht, junge, hübsche Bürgertöchter zur Uebersiedelung nach Polen mit dem Versprechen zu bestimmen, daß sie ihnen jenseits der Grenze zu guten Heirathspartieen verhelfen werde. Die Besagte verhalf jedoch einigen Leichtgläubigen, welche ihr folgten, zu liaisons mit russischen Officieren; an Geist und Körper krank, sollen einige von den Verleiteten heimgekehrt sein. Unserer Polizeibehörde soll besagtes Frauenzimmer, wie ihr skandalöses Treiben bekannt sein und dürfen wir hoffen, daß diesem zu steuern unsere Polizeibehörde den guten Willen und die Macht haben werde.

Briefkasten.

Eingesandt.

Ein angesehener Bürger sagte jüngst: Die Proletarier und die Schulen kosten uns am meisten. Hierüber findet sich eine kurze treffende Notiz im ersten diesjährigen Hefte der Vierteljahresschrift für Töchterschulen und Frauenbildung S. 58. u. d. T. „2 Etats einer Communalverwaltung."

„A. Armenpflege:	Summa 5050 Thlr.
„B. Volksschulwesen:	„ 3167 „
„Also minus:	1883 „

„In Worten ausgedrückt, beweist dies Exempel, daß man vielmehr als die Hälfte des Betrages der Armenschulkosten zusetzen müßte, um dieselben dem Armenpflegetat gleichzumachen. Man verstopft nicht die Quellen und dämmt vergebens den Strom." Oder kurzgesagt: Gute Schulen verringern die Armuth; Schulkosten sind produktiv! Civis.

Börsen-Bericht.

Berlin, den 30. August cr.

Fonds:	fest.
Russ. Banknoten	80
Warschau 8 Tage	79½
Poln. Pfandbriefe 4%	70½
Westpreuß. do. 4%	89
Posener do. neue 4%	90¼
Amerikaner	96¼
Oesterr. Banknoten 4%	82⅝
Italiener	59
Weizen:	
August	78
Roggen:	still.
loco	51
August-Septbr.	51¼
Septb.-Octbr.	51¼
April-Mai	51⅜
Rüböl: August	28¼
pro Septbr.-Octbr.	28⅙
Spiritus	matt.
loco	18. 24.
August-Septbr.	18. 6.
September-October	18. 10.

Getreide-Markt.

Thorn, den 31. August. (Georg Hirschfeld.)

Wetter: schön. Mittags 12 Uhr 16 Grad Wärme. Keine Zufuhr. Preise nominell.

Weizen bunt 126—130 Pfd. 66—68 Thlr., hellbunt 126—130 Pfd. 68—70 Thlr., hochbunt 126—132 Pfd. 70—73 Thlr. pr. 2125 Pfd.

Rübsen mit 100—108 Thlr. pro 2000 Pfd. bezahlt.

Roggen 120—125 Pfd. 43—45 Thlr. pro 2000 Pfd.

Erbsen, Futterwaare 41—44 Thlr., Kochwaare 46—48 Thlr. pro 2250 Pfd.

Spiritus pro 100 Qrt. à 80¼ 16—16¼ Thlr.

Russische Banknoten 80¼, der Rubel 26 Sgr. 10 Pfg.

Danzig, den 30. August. Bahnpreise.

Weizenmarkt: ruhig, und schwacher Umsatz zu unveränderten Preisen. Einzelne sehr schöne Partien zu festen Notirungen angenommen.

Roggen gut behauptet, und schöner inländischer 120—125 Pfd. von 45—48 Thlr. pro 2000 Pfd. bez.

Gerste kleine 95—103 Pfd. von 40—43½ Thlr., große 106—112 Pfd. von 45—47½ Thlr. pro 2000 Pfd.

Erbsen, nach Qualität, ordinäre und weich 39 — 41 Thlr. bessere und gute Kochwaare von 42—49 Thlr. pr. 2000 Pfd.

Hafer alter nach Qualität von 40—42 Thlr. pro 2000 Pfd frischer 38 Thlr. bezahlt.

Spiritus ohne Zufuhr.

Rübsen, fest, und gute trockene Qualität von 108½—110 Thlr. pro 2000 Pfd.

Geringere Qualitäten billiger.

Raps guter trockener, sehr schöner nach Qualität von 110½—112 Thlr. pro 2000 Pfd., bez.

Stettin, den 30. August, Nachmittags 2 Uhr.

Weizen, loco 65—76, per August 75½, per September-October 75, per October-November 74, per Frühjahr 75.

Roggen, loco — per August 50¼, p. September-October 50, per October-November 51, per Frühjahr 51¼.

Rüböl, loco 100 Kilogramm 28, per August 100 Kilogramm 27⅔ Br., pr. Septb.-Oktbr. 100 Kilogr. 27 7/12, per April-Mai 100 Kilogramm 27 Br.

Spiritus, loco 18⅔, per August-September 18¼ nom., per September-October 18⅙, per Frühjahr 18.

Amtliche Tagesnotizen.

Den 31. August. Temperatur: Wärme 10 Grad. Luftdruck 28 Zoll 5 Strich. Wasserstand: 2 Fuß 2 Zoll.

Inserate.

Bekanntmachung.

Am 1. September cr. findet auf Anordnung der Königlichen Kommandantur wiederum eine allgemeine Umquartierung statt. Billete mit diesem Datum ausgestellt, haben von da ab allein nur Gültigkeit.

Da vielfache Beschwerden seitens der Truppen über mangelhafte Quartiere eingegangen sind, werden die betreffenden Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1868 nachstehend wiederholt zur Kenntniß gebracht.

1. Garnisonquartier-Raumbedürfniß im Frieden:

§ 1.

1. Feldwebel ꝛc. je einer Stube von ungefähr 225 □Fuß;
2. Portepeefähnriche ꝛc. je einer Stube von 150—180 □Fuß;
3. Unteroffizier ꝛc. in einer Stube von mindestens 180 □Fuß für je zwei Personen dieses Grades;
4. für alle übrigen Chargen in Schlafkammern.

§ 2.

Wird das Raumerforderniß der zu eigenen Stuben berechtigten Personen durch die überwiesenen Zimmer nicht erfüllt, so können zur Ergänzung auch Schlafkammern beigegeben werden.

Die Stuben sind bis 10 Uhr Abends zu erleuchten und im Winter zu heizen.

§ 3. Beschaffenheit des Raumes.

Die Schlafkammern müssen mit verputzten dicht schließenden Wänden und Decken, einer ordnungsmäßigen Dielung, mit Fenstern, die geöffnet und geschlossen werden können, und insofern die Kammern im oberen Stockwerke gelegen sind, auch mit einer gangbaren Treppe versehen, trocken und gegen Einfluß der Witterung gesichert sein.

Die Belegung der Kammern erfolgt, soweit es der vorhandene Raum gestattet, dergestalt, daß zwischen jeder Lagerstätte mindestens ein leerer Raum von 3 Fuß und außerdem in der Kammer ein verhältnißmäßiger, gemeinschaftlich zu benutzender Raum zum Ankleiden und Reinigen verbleibt. Während des Tages hat der Quartiergeber den Aufenthalt der in Schlafkammern Einquartierten nach seiner Wahl in seinem eigenen oder einem anderen (Abends bis 9 Uhr erleuchteten und im Winter erwärmten) Wohnzimmer zu gestatten.

Ist eine solche Unterkunft der Einquartierten mit den häuslichen Verhältnissen des Quartiergebers nicht vereinbar, so muß derselbe an Stelle der Schlafkammern Stuben überweisen, die gehörig erwärmt und in der angegebenen Zeit erleuchtet sein müssen.

Die Belegung derselben ist nur soweit zulässig, als für jeden Mann ein körperlicher Raum von 420 Kubikfuß verbleibt.

§ 4. Quartierausstattung.

An Utensilien, Geräth, Wäsche ꝛc. ist vom Quartiergeber zu gewähren:

a. Für jede Person ein Bettstell nebst Stroh, Unterbett oder Matratze, Kopfkissen, Betttuch und einer ausreichend wärmenden Decke mit Ueberzug oder ein Deckbett;

b. Für jede Person ein Handtuch;

c. Für jede Stube beziehungsweise Kammer, bei den §§ 1 ad 4 genannten Chargen für je 4 Köpfe, ein Tisch von 3 bis 4 Fuß Länge und 2 bis 3 Fuß Breite mit Verschluß, ein Schrank oder eine verdeckte Vorrichtung zum Aufhängen der Montirungs- und Ausrüstungsstücke und der Waffen, zwei Stühle und zwei Schemel, in den Gemeinenquartieren für jede Person ein Schemel;

d. Das nöthige Wasch- und Trinkgefäß;

e. Benutzung des Kochfeuers und der Koch-, Eß- und Waschgeräthe des Quartiergebers.

Das Stroh in den Lagerstätten ist nach Ablauf von zwei Monaten zu erneuern, der Wechsel der Handtücher erfolgt wöchentlich, derjenige der Bettwäsche bei jedesmaligem Quartierwechsel, spätestens allmonatlich, die Reinigung der wollenen Decken nach Bedarf, mindestens jährlich einmal.

Thorn, den 31. August 1871.

Der Magistrat.

Sonnabend, den 2. September
zur Jahresfeier der Schlacht bei Sedan
großes Concert
mit Schlachtmusik im
Ziegelei-Garten.
Das Nähere besagen die Anschlagzettel.

Tüchtige Schneidergesellen
finden **dauernde** Beschäftigung bei
C. G. Dorau in Thorn.

Tanzkränzchen,
Sonnabend, den 2. September,
wozu ergebenst einladet
H. Lipka
in Podgorz.
Anfang 8 Uhr. Entree 10 Sgr.

Preisermäßigung
gültig bis zum 15. April 1872.

Joseph Lemling's
FORSCHER
auf dem Gesammtgebiete
der practischen
Photographie.
4 Bände. Ladenpreis 5 Thlr.,
erlassen wir, wenn zusammengenommen, gegen Baarzahlung für Thlr. 2. 15.; Bestellungen hierauf nimmt entgegen die Buchhandlung von **Ernst Lambeck** in Thorn.

Neuwied a/R., 1871.
J. H. Heuser'sche
Buchhandlung.

Frische gesunde
Rübkuchen
werden aus meiner Niederlage in Thorn verkauft durch Herrn **B. Unruh**, Culmerstr. 319. **Wegner**– Ostaszewo.

Brückenstraße Nr. 16 2 Treppen hoch ist 1 gut möbl. Zimmer zu vermiethen.

Uebernommener Verpflichtung bei Schiedsamte; erkläre ich hiermit feierlichst, daß ich, in der Klage enthaltene Verläumdungen des Lehrer Hrn. **Frölich** niemals ausgesprochen habe!

Es kann nur ein mir feindselig gesinnter Mensch diese Lügen aufgebracht haben, in der unredlichen Absicht mir zu schaden.

Gustav Herholz, Lehrer.

Schmidt's
zuverlässiger
Rechenknecht,
oder
15 Tabellen über die metrischen Maaße und Gewichte nach Größe, Schwere und Preis.
3 Bogen geheftet in Buchform 5 Sgr., größere Ausgabe 7½ Sgr.
Vorräthig in der Buchhandlung von
Ernst Lambeck in Thorn.

Im Verlage von **Ernst Lambeck** ist erschienen und bei demselben zu haben:

Anleitung
zur Handhabung des mit dem 1. Januar 1872 im Deutschen Reiche in Kraft tretenden neuen Maaßes und Gewichtes auf Grund der darüber erlassenen gesetzlichen Bestimmungen nebst vorgedruckter
Maß- und Gewichtsordnung
für den
Norddeutschen Bund.
Vom 17. August 1868.
von
C. Hesse.
Regierungs- und Baurath.
Königl. Eich-Inspector für die Provinz Preußen.
2. mit speciellen Anweisungen für den täglichen Verkehr vermehrte Auflage.
Preis 1½ Sgr.

Ein in seinem Fache geübter **Konditorgehülfe** findet dauernde Beschäftigung bei **Vassali & Co.**, Bromberg.

Neustadt 212 eine Familienwohnung zu vermiethen.
A. Wolff.

---

1 mbl. Zimmer zu vrm. Araberstr. No. 134.

Eine kleine freundliche Wohnung nach vorn heraus ist zu vermiethen Breitestraße 83.

Ein mbl. Zimmer zu verm. Brückenstr. 19.

Eine Wohnung, besteh. in 4 Zimmern und Küche, zu vermiethen Breitestr. 87 durch **M. Friedländer.**

Umzugshalber ist die Wohnung Brückenstraße No. 25/26 vom 1. October 1871 ab, zu vermiethen.
von Conta.

Die in dem früher **Engel**'schen Hause, Heiligegeiststraße, zur Zeit von demselben bewohnte **Belle-Etage** hat zu vermiethen **S. Krüger.**

---

1 gr. mbl. Zim. z. vrm. Kl. Gerberstr. 20, 2 Tr.

---

1 möbl. Zimmer zu verm. Weißestr. 77.

Ein geräum. Laden zu verm. Brückenstr. 18.

Eine Speicherschüttung wird zu miethen gesucht. Von wem? sagt die Expedition d. Ztg.

Concessionirte Waaren-Lotterie.
VERLOOSUNG
einer Auswahl vorzüglicher Gegenstände,
welche für die durch den Krieg in der Ausführung behinderte
Industrie-Ausstellung Graudenz 1870
bestimmt waren.
Preis des Looses 1 Thaler.
Ausgabe von 2000 Loosen mit 100 Gewinnen im Gesammtwerthe von 1600 Thalern.

Als Hauptgewinne zählen:
- ein eleganter Promenaden-Wagen,
- ein massiv silbernes Tafelbesteck für 12 Gedecke,
- eine Nussbaum-Polstermöbel-Garnitur,
- ein höchst eleganter Damensattel,
- ein eleganter gestickter Ofenschirm,
- ein gestickter Teppich,
- ein Nähtisch mit Malerei u. a. m.

Fernere kleinere Gewinne im Werthe von 2 Thlr. bis 25 Thr.
Die öffentliche Schaustellung der Gewinne
geschieht in Graudenz im Laufe des Monats August, die Ziehung Anfangs September.
Die Gewinn-Nummern werden durch die Zeitungen veröffentlicht.
Loos-Verkauf in Thorn bei Ernst Lambeck.
Das Comité.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Lambeck. — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von Ernst Lambeck.